Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 32 (1952-1953)
Heft: 1

Artikel: Die deutsche Wirtschaftspolitik im Blickfeld europäischer Politik
Autor: Erhard, Ludwig
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160061

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK IM BLICKFELD EUROPÄISCHER POLITIK

VON BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTER LUDWIG ERHARD [1])

I.

Europa ringt um neue Formen und, wenn ich auch zuversichtlich hoffe, daß die europäische Lösung im Zeichen der Freiheit stehen wird, so bin ich doch der Überzeugung, daß nur das feste Zusammenstehen alle Freiheitliebenden zum Ziele führen kann. Freiheit meine ich hier zuerst im ökonomischen Sinne, aber wir wissen, daß auch politische Freiheit wirtschaftliche Freizügigkeit voraussetzt. Nun ist es nicht einfach, dieses Thema zu behandeln, wenn in kurzer Zeit mehr als Improvisation oder Aphorismen geboten werden sollen. Ich kann mich aber insofern bescheiden, als ich ja schon einmal im Jahre 1949 Gelegenheit hatte, in Zürich zu sprechen [2]). Meine Grundauffassung ist zudem bekannt genug.

Ich werde mich nicht in historischen Reminiszenzen ergehen oder sie nur insoweit anfügen, als es zur Verdeutlichung des Themas und zur Kennzeichnung der Lage oder der Entwicklung notwendig ist. Wir haben die neue deutsche Wirtschaftspolitik Mitte 1948 eingeleitet, weil im Zusammenhang mit der Währungsreform, bei aller Problematik, die diesem Schritt anhaftete, die große historische Chance gegeben war, von dem Zustand einer absoluten dirigistischen Verirrung abzuweichen und überzuleiten zu freiheitlichen Formen des wirtschaftlichen Geschehens. Ich glaube, daß auf diesem Gebiete das Maximum dessen getan worden ist, was unter den gegebenen ökonomischen und politischen Verhältnissen möglich erschien. Aber wenn ich das anführe, bekenne ich mich gleichzeitig zu noch manchen Sünden, die unsere Wirtschaftspolitik belasten und die uns jeden Tag mahnen, die letzten Reste der Gebundenheit und staatlichen Reglementation vollends zu beseitigen. Deutschland hatte nach meiner Auffassung überhaupt nur eine Möglichkeit, wieder zu gesunden Lebensgrundlagen zurückzufinden und zur Meisterung seiner ökonomischen und sozialen Probleme befähigt zu werden, wenn es den Weg der Freiheit zu gehen willens war. Der Ausgangspunkt war, je nach dem Blickpunkt der Wertung und Betrachtung der Dinge, so tragisch oder

---

[1]) Vortrag in der Aula der Universität Zürich vor dem Schweizerischen Institut für Auslandforschung am 6. Februar 1952.

[2]) Vortrag in der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft über die deutsche Währungsreform Anfang März 1949.

auch chaotisch, daß sehr mutige Schritte vonnöten waren, um die Zügel der deutschen Wirtschaft und der deutschen Wirtschaftspolitik wieder fest in die Hand zu bekommen. Denn über unser Land war eine Welle der Zerstörung und der Vernichtung hinweggebraust, unser Produktionsapparat war, so nicht zerstört, so doch weitgehend verschlissen. Durch die vollkommene Abschnürung von der Welt hatten wir überhaupt keine Vorstellung mehr von dem Leistungsstandard der zivilisierten, mit uns im Wettbewerb stehenden Länder. Dazu mußten wir es hinnehmen, daß Deutschland in zwei Teile zerrissen wurde, daß wir — vom Blickpunkt der Bundesrepublik aus — die Hälfte unserer agraren Basis verloren und daß in diesen an sich schon überfüllten und einseitig industriell strukturierten Raum 9—10 Millionen Flüchtlinge hereingepreßt wurden, ohne Hab und Gut, ohne Produktionsmittel. Diese Menschen konnten nicht dort ansässig gemacht werden, wo ihnen produktiver Erwerb winkte, sondern wo gerade ein Dach über dem Kopf ersten Schutz bot. Wir waren uns dabei von Anfang an bewußt, daß nur im gewerblichen Sektor eine Chance bestand, jenen Menschen wieder Erwerb, Einkommen und Existenz zu verschaffen. Aber wir waren abgeschnitten von der Welt, wir hatten unsere ausländischen Stützpunkte verloren, wir verfügten weder über einen international spielenden Kreditapparat noch über auswärtige Verbindungen; — d. h. wir waren blind geworden. Und da kam es nun darauf an, eine Wirtschaftspolitik einzuleiten, die es zuwege brachte, daß nicht nur die 40 Millionen angestammte Bevölkerung der Bundesrepublik wieder zu einem menschenwürdigen Dasein gelangen konnte, sondern darüber hinaus eben jene 10 Millionen der Allerärmsten, — die Vertriebenen, — bei uns im westlichen Deutschland eine neue Heimat fanden. Wir konnten also nicht warten, bis vielleicht in einem Zeitraum von 10, 15 oder 20 Jahren durch den mählichen Aufbau und organische Fortschritte sich neue Existenzmöglichkeiten boten; vielmehr drängte uns die soziale Not dieser Menschen, sehr schnell vorwärts zu schreiten. Wir haben das in erster Linie und, — da heute bei diesem Vortrag der Blickpunkt mehr nach außen gerichtet sein soll —, gerade dadurch getan, daß wir als eines der ersten Länder Europas und — wie ich gern bekenne — in engster Gemeinschaft und Verbindung mit der Schweiz, die außenwirtschaftlichen Beziehungen wesentlich freier gestalteten. Wir haben das Prinzip der sogenannten Liberalisierung zur Anwendung gebracht. Das bedeutet nichts anderes, als daß wir die Verkrustung und Verkrampfung zwischen den Volkswirtschaften aufzusprengen bemüht waren, — bereit auch, die Grenzen in Maßen zu öffnen und den Güteraustausch von den allzu engen und starren Barrieren zu befreien. Uns drängte die Not, so zu handeln. Zwar bot uns die Marshallplanhilfe im Jahre 1948 noch eine Chance, für eine Über-

gangszeit den Ausgleich unserer Zahlungsbilanz besorgen zu können, d. h. das deutsche Volk mit fremder großherziger Hilfe über die schlimmsten Notstände hinwegzubringen. Die Marshallplanhilfe aber hatte von Anbeginn an die unangenehme Eigenschaft, daß sie von Jahr zu Jahr geringer wurde und wir damit rechnen mußten, daß sie im Jahre 1953 völlig ausläuft. Daß sich das jetzt schon früher ereignete oder diese aktive Hilfe nunmehr eine gewisse Veränderung ihres Charakters erfahren hat, auch unter einer anderen Formel eingeleitet wird, sei nur nebenbei erwähnt.

Man muß bedenken, daß wir im Jahre 1948 in unserer Leistung auf einen Produktionsstand von 40 % von 1936 abgesunken waren — und das besagt noch nicht einmal alles, denn das deutsche Volk hatte ja zudem seine Freiheit verloren, insofern es trotz seiner ehrlichen Arbeit nicht über die entscheidende Freiheit des Staatsbürgers im Sinne der Ausübung einer freien Konsumwahl verfügte. Nein, es war gezwungen, seine Bedürftigkeit vor Schalterfenstern zu dokumentieren, um dann von der Bürokratie einen sehr fragwürdigen Anspruch auf das Sozialprodukt zugestanden zu erhalten. Das ist meiner Ansicht nach der unwürdigste Zustand, in dem ein Volk überhaupt leben kann. Es war deshalb meine Absicht — und die habe ich auch erfolgreich durchgeführt —, das deutsche Volk — den Verbraucher — von solcher Hörigkeit zu befreien und dafür Sorge zu tragen, daß das Geld wieder zu dem einzigen Bezugschein wird, den es in einer geordneten Volkswirtschaft geben darf.

Wenn ich nun sage, daß wir heute, d. h. mit der Spitze im November 1951 auf einen Produktionsstand von 140 % von 1936 gekommen sind, d. h. in drei Jahren das deutsche Sozialprodukt verdreifacht haben, dann sollte man eigentlich glauben, daß eine solche Wirtschaftspolitik die ungeteilte Zustimmung der ganzen Bevölkerung finden müßte. Das annehmen zu wollen, wäre aber ein Irrtum. Ich erlebe es alle Tage, daß dem nicht so ist. So frage ich mich natürlich, wie denn eigentlich dieses merkwürdige Phänomen zustande kommt, daß eine Politik, die das deutsche Volk nicht nur aus der Not, sondern aus der unwürdigen Fron einer übermütigen Bürokratie befreit hat, allenthalben nicht die Resonanz findet, die ihr nach den realen Erfolgen zukommen sollte. Nun sehe ich einmal ganz ab von der parteipolitischen Taktik, deren bewußt schiefe und negative Wertung deutlich genug zutage tritt. Ich glaube aber, da ist noch etwas anderes zu beachten. Das deutsche Volk hat die Tugend entwickelt, daß es sehr schnell vergessen kann. Und dieses Schnellvergessenkönnen war ja auch unbedingt notwendig, weil wohl erst daraus die Kraft fließen konnte, aus dieser verzweifelten Situation heraus noch einmal bereit zu sein, die Dinge anzupacken, an die Zukunft und an die Wiedergewinnung der sozialen Wohlfahrt zu glauben. Ich möchte

meinen, dieses Positive ist zuletzt sehr viel wichtiger als die negative Nuance, die das deutsche Volk geneigt sein läßt, das Erreichte als selbstverständlich hinzunehmen, aber alles das, was noch nicht in Ordnung ist, mit besonderem Gewicht herauszustellen oder sogar als ein Mißlingen anzuprangern. Nun — ich nehme die Dinge nicht tragischer als sie sind und vor allen Dingen kann mich eine böswillige Kritik nicht darin irre machen, daß wir uns auf dem rechten Weg befinden. Das Phänomen indessen begarf der Berücksichtigung, denn wirtschaftliches Geschehen vollzieht sich ja nicht im luftleeren Raume, sondern eben in der politischen Atmosphäre. Ich bin gewiß der letzte, der etwa sagen wollte, daß bei uns in Deutschland schon alles zum Besten geordnet wäre — und zwar nicht nur in dem Sinne, daß ich mir der Mängel oder der Unzulänglichkeiten der marktwirtschaftlichen Ordnung in ihrem So-sein bewußt bin, sondern vor allen Dingen auch die sozialen Spannungen keineswegs verkenne, die in Deutschland — naturnotwendig — immer noch vorherrschen und noch für eine weitere Übergangszeit fortbestehen werden. Es bedeutet eine Unmöglichkeit, mit dem Problem von 10 Millionen Flüchtlingen noch rascher fertig zu werden, zumal die Ausgangsbasis ja so ungünstig und schwierig wie nur überhaupt denkbar war. Ich glaube, es kann und soll vor allem nicht als Überheblichkeit aufgefaßt werden, wenn ich sage, daß noch kaum je ein Land aus einem vollendeten Chaos heraus eine solch gigantische Aufgabe zu bewältigen hatte, als sie uns in Deutschland oblag. Das gilt um so mehr, wenn man berücksichtigt, daß heute schon nicht mehr allein ökonomische, sondern wieder neue politische Probleme, wenn auch mit vornehmlich ökonomischen Konsequenzen, auf uns zulaufen. Ich denke da an die Frage der europäischen Verteidigungsgemeinschaft und einen deutschen Verteidigungsbeitrag.

Der Weg der größtmöglichen Freiheit konnte allein der für Deutschland richtige sein. Und den ersten Ansatzpunkt bot, wie ich schon bemerkte, die Liberalisierung. Ich bin mir dessen durchaus bewußt, daß Liberalisierung in einer übernationalen Ordnung solange einen Widerspruch bedeutet, als gleichzeitig Devisenzwangswirtschaft vorherrscht. Die Freiheit wirtschaftlichen Handelns ist mit der Starrheit der Wechselkurse unvereinbar und alle Manipulationen in der Liberalisierung ertöten das Prinzip. Liberalisierung, hier als Schlagwort genommen, bedarf also wesentlicher Einschränkungen, wenn wir uns ihre Unzulänglichkeit im Rahmen der gegenwärtigen internationalen währungspolitischen Ordnung vergegenwärtigen. Aber immerhin, — man kann vor allem als politischer Mensch nicht immer einem Perfektionismus huldigen und mit einem Sprunge alles erreichen wollen, was eben nur schrittweise erreicht werden kann. Nehmen wir also den heutigen Zustand nicht als etwas Endgültiges,

nicht — auch nicht in den Methoden — als die Erlösung, sondern als einen Notbehelf. Gerade, wenn wir uns dann über das Problem einer europäischen Ordnung unterhalten, stoßen wir auf eine Art babylonischer Sprachverwirrung. Es ist heute in Europa so, daß jeder den Begriff im Munde führt, jeder sein Bekenntnis zu Europa abzulegen bereit ist, im ganzen aber nur sehr wenig Klarheit darüber besteht, welche Gestalt dieses künftige Europa haben soll und welche Wege eingeschlagen werden müssen, um das ehrliche Mühen zum Ziele zu führen.

II.

Zuerst aber will ich die deutschen Verhältnisse noch etwas klarer umreißen, um daran unsere Position — und ich glaube, sie ist von derjenigen der Schweiz nicht sehr verschieden — noch besser begreiflich machen zu können. Ich habe im Zuge der Liberalisierung manche Vorwürfe hinnehmen müssen, besonders auch im eigenen Lande — so etwa, daß wir zu schnell vorwärts geprescht wären, und daß demzufolge alle Spannungen güter- oder devisenwirtschaftlicher Art auf mein Schuldkonto kämen. Auch das bin ich bereit hinzunehmen, denn trotz aller Störungen war dieser erste Schritt doch unbedingt ein Erfolg. Bis dahin haben die europäischen Volkswirtschaften in sich ja ein Sonderdasein geführt, und wenn ich auch von dem schlimmsten Auswuchs rein autarker Bestrebungen absehe, so ist doch kein Zweifel, daß die Kaufleute im Verkehr und in ihrem Verlangen nach gegenseitiger Ergänzung und Befruchtung in einem Maße behindert waren, daß nicht eigentlich die private Wirtschaft sich zusammenfand, wie es den Notwendigkeiten und den Bedürfnissen der Bürger entsprochen hätte, sondern immer mehr der Staat den Außenhandel in eigene Regie übernahm. Gerade aber damit vollzog sich der Außenhandel häufig in einer Atmosphäre, die einem friedlichen Zusammenleben der Völker wenig förderlich war.

Wenn zwei Kaufleute über die Grenzen ihrer Länder hinweg Handel treiben wollen, dann spielen ganz nüchterne Überlegungen eine Rolle, — Fragen der Zweckmäßigkeit, der Nützlichkeit, der Preise und Qualitäten — und nur dann, wenn sich beide Teile von einem Güteraustausch Erfolg versprechen, wird das Geschäft zur allgemeinen Zufriedenheit zustande kommen.

Ganz anders aber, wenn die Staaten die Initiative an sich reißen und selbst handelnd eingreifen. Dann stehen immer gleich die großen Prinzipien der Politik im Vordergrund; dann geht es um die nationale Ehre, das nationale Interesse und dergleichen mehr, obwohl im Grunde genommen doch nichts anderes dahinter steht als das ehrliche und friedliche Streben der Menschen und Völker, sich

das Leben leichter und bunter zu machen. Denn das ist ja der Sinn jeder internationalen Arbeitsteilung, zu erreichen, daß sich ein Höchstmaß an sozialem Wohlstand für alle Völker entfalten kann. Wenn uns die Liberalisierung zuerst einmal in eine Passivität gebracht hat und man daraus ableiten wollte, daß diese Entscheidung deshalb Leichtsinn bedeutete, so glaube ich, daß eine solche Betrachtung und Schlußfolgerung ebenso falsch wie gefährlich wäre. Neben nüchternen ökonomischen Überlegungen spielte bei mir auch der Gedanke eine Rolle, es der übrigen Welt zu zeigen, daß wir von einem Wahn geheilt sind und unsere ganze Sehnsucht danach geht, uns wieder friedlich einzugliedern in den Kreis der demokratischen und gesitteten Welt. Man mag uns das um so eher glauben, wenn sich dabei die ideologische Tugend mit dem ökonomischen und materiellen Interesse harmonisch verbindet. Ich glaube tatsächlich, daß es in Europa wenige Länder geben kann, deren ursprünglichstes Lebensinteresse so sehr darauf gerichtet sein dürfte, europäische Politik zu treiben wie gerade Deutschland, obwohl ich gleich sagen möchte, daß europäische Politik nicht etwa wieder Großraumwirtschaft als Selbstzweck sein darf. Europäische Politik heißt gewissermaßen einen weiteren Schritt vorwärts gehen, um zu der vollendeten höchsten ökonomischen Ordnung einer freien Weltwirtschaft zu gelangen. Aber auch hier müssen wir wohl schrittweise vorgehen und darum wäre es zweifellos ein großer Erfolg, wenn der Begriff «Europa» bzw. «Europäische Wirtschaft» zu einer echten wirklichkeitsnäheren Realität sich verdichten könnte.

Die mit der Liberalisierung verbundenen vermeintlichen Gefahren haben mich insofern nicht bange machen können, als ich mir einerseits wohl bewußt war, daß die Leistungskraft der deutschen Volkswirtschaft nicht schon von Anbeginn an so hoch sein konnte, daß wir im Gleichschritt mit jenen modernen Industrie-Ländern marschieren können, die ein weniger tragisches Schicksal zu erleben hatten. Aber andererseits mußten wir ja auch unserer deutschen gewerblichen Wirtschaft zeigen, wie entwickelt der Leistungsstandard der übrigen Welt ist, und wir mußten sie notwendigerweise zwingen — und das gewissermaßen von heute auf morgen —, alle Phantasie und alle Kraft anzuwenden, um die Angleichung an den Leistungsstandard der übrigen Welt zu erreichen. Denn das wußten wir ja auch, daß wir nicht in alle Ewigkeit auf fremde Hilfe vertrauen können — trotz des Marshallplans. Die Welt ist nicht bereit, um unserer schönen Augen willen Handel mit uns zu treiben, und darum kam alles darauf an, aus eigener Kraft heraus eine Leistung vorweisen zu können, die in ihrer Struktur, ihrer Güte und in ihrer Preiswürdigkeit einen Vergleich mit den besten Ergebnissen der industriellen Erzeugung in aller Welt zuläßt.

Ich glaube, dieses Ziel hat Deutschland erreicht. Wenn wir uns in der ersten Phase der Liberalisierung gegenüber dem Ausland verschuldet haben, dann war das ja nur insoweit möglich, als das Ausland bereit war, nach Deutschland zu liefern, und die somit gewonnenen Guthaben schließlich doch wieder in Deutschland kaufend zu verwerten. Jeder von deutscher Seite getätigte Import kann ja zuletzt nur durch einen entsprechenden deutschen Export bezahlt werden. Und wenn wir angesichts unseres großen Importbedarfs bestrebt waren, das deutsche Außenhandelsvolumen auszuweiten, dann haben wir das ganz bestimmt nicht um imperialistischer Neigungen willen getan. Wir mußten vielmehr gerade als redliche Schuldner so handeln, um die Lebensgrundlagen unseres deutschen Volkes so bald als möglich zurückzugewinnen. Diese Aussage gilt nicht nur für den Augenblick, sondern ebenso für die fernere Zukunft, soweit sie überhaupt rational zu erfassen und zu begreifen ist. Die Richtigkeit dieser Politik kann heute als erwiesen gelten und sie war dazu auch gut, weil sie die deutsche Wirtschaft zwang, im Leistungswettbewerb mit der übrigen Welt sich so weit anzustrengen, daß wir ihr um so nützlichere Dienste zur Verfügung stellen konnten. Ja, im Verhältnis zu der Schweiz muß ich mit besonderer Dankbarkeit anerkennen, daß uns im Rahmen unserer Handels- und Zahlungsbilanz die Aktivität gegenüber diesem Lande eine wesentliche Hilfe und Unterstützung bedeutet.

Es war ja auch der Sinn der Europäischen Zahlungsunion, die bis dahin nur bilateral verankerten Auslandsbeziehungen und multilateralen Verrechnungsmöglichkeiten aufzulockern. Die deutsche Währungsreform, in Verbindung mit dem wirtschaftspolitischen Kurswechsel, hat die Grundlage für solche Lösungen geschaffen. Bei aller Unzulänglichkeit des Systems der E.Z.U. sei doch anerkannt, daß sie einen ersten Ausweg aus der Enge eröffnete. Denn daß die Bilateralität nie zu befriedigenden Ergebnissen führen kann, bedarf kaum einer Begründung. Es ist aber nicht vorstellbar, daß der Bedarf und die Wünsche zweier Länder sich exportpolitisch so vollkommen und organisch ergänzen, daß ein beide befriedigender Ausgleich möglich wäre. Es muß hier immer entweder Mißvergnügte geben oder aber das Gesamtvolumen bleibt so tief, daß das ökonomische Ziel einer maximalen oder doch optimalen Zusammenarbeit zwischen zwei Volkswirtschaften auf keinen Fall erreicht werden kann. Nun hat die Europäische Zahlungsunion ganz bestimmt erhebliche Schönheitsfehler, und ich glaube, daß gerade das, was im letzten Jahr bis zur Gegenwart sich in Deutschland, England oder Frankreich ereignete, als ein vollkommener Beweis für die Dringlichkeit einer Reform gelten kann.

III.

Aber da kommen wir dann eigentlich schon zu den durch den Korea-Konflikt ausgelösten Schwierigkeiten. Bis dahin hat die deutsche Volkswirtschaft eine sehr glückliche Entwicklung genommen. Von 1948 bis Mitte 1950 — das war gerade eine Spanne von zwei Jahren — hatten wir nicht nur hinsichtlich der Produktion wie auch in der Ausweitung unseres Außenhandels beachtliche Erfolge erzielt, sondern wir sind auch in der Lösung sozialer Probleme ein gutes Stück weiter gekommen. Es konnten immer mehr Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß eingegliedert werden und bei ansteigenden Löhnen und tendenziell sinkenden Preisen gestaltete sich das Realeinkommen für den deutschen Arbeiter fortlaufend günstiger. Wenn ich den Zeitpunkt Mitte 1950 als ein besonderes Datum heraushebe, dann deshalb, weil zu diesem Zeitpunkt die Kritik nahezu verstummt war. Die Entwicklung hat dem marktwirtschaftlichen Kurs so eindeutig Recht gegeben, daß die Widersacher der Marktwirtschaft völlig in den Hintergrund gedrängt wurden. Dann aber witterten sie wieder Morgenluft und sie bekamen auch allenthalben Oberwasser. Ich weiß nicht, wie sich das in anderen Ländern abgespielt hat; — in Deutschland jedenfalls war es eindeutig so, daß alle Preissteigerungen, die sich so dramatisch und turbulent auf den Weltmärkten vollzogen, der deutschen Wirtschaftspolitik zur Last gelegt wurden. Ich war von heute auf morgen schuld an allem, was die Volkswirtschaften aller Welt erschütterte. Es ist klar, daß Preissteigerungen im Ausmaß von 50, 100 % und mehr — um welche Rohstoffe es sich auch handelt — auch in den nationalen Volkswirtschaften unter allen Umständen durchschlagen müssen, und daß es eine weltfremde Illusion, ja einen Wunderglauben bedeutet, anzunehmen, ein Staat hätte von sich aus mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Möglichkeit, solche Einflüsse vom eigenen Markt fernzuhalten. Gerade das war es aber, was in Deutschland immer wieder als Wunsch, als Forderung und als Drohung an mich herangetragen wurde. Das Jahr 1951 — das kann ich mit gutem Gewissen sagen — war das schwerste Jahr, das ich wirtschaftspolitisch zu überstehen hatte; viel schwerer jedenfalls als der entscheidende Kurswechsel im Jahre 1948. Die Aufgabe aber war vor allen Dingen auch sehr viel unbefriedigender, denn, während es 1948 darauf ankam, aktiv vorwärts zu schreiten und die Widerstände einfach niederzuwalzen, bestand die Schwierigkeit, aber zum Schluß doch auch der Erfolg des Jahres 1951 darin, mit einer an Sturheit grenzenden Beharrlichkeit das marktwirtschaftliche Prinzip unter allen Umständen aufrecht zu erhalten — koste es, was es wolle. Mit um so größerer Befriedigung kann ich feststellen, daß bei einem europäischen Vergleich die Schweiz und Deutschland die beiden

Länder gewesen sind, die, bildlich gesprochen, am besten über die Runden kamen. Diese beiden Länder haben die geringsten Preissteigerungen aufzuweisen und das Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen hat sich in keinem anderen Land unter einem sozialen Aspekt so wohltätig entwickelt wie gerade bei uns. Von Deutschland kann ich die Zahlen kurz skizzieren: die industriellen Preise sind im Durchschnitt um 12 %, die Nominallöhne indessen um 24 % gestiegen. Das aber heißt nichts anderes, als daß das Realeinkommen des deutschen Arbeiters in diesem so bedrängten und bedrohlichen Zeitraum von Mitte 1950 bis heute noch einmal einen Zuwachs von 12 % erfahren konnte. Selbstverständlich freue ich mich darüber, denn die sozialen Probleme sind in Deutschland besonders schwer und bedrückend. Aber heute ist die Lage so, daß nicht mehr das Schicksal der Arbeiterschaft die soziale Not kennzeichnet. Wir haben es z. B. nach Korea erlebt, daß trotz der Gefahr eines Andrehens der Lohn-Preisschraube im Hinblick auf die Stabilität der Währung sowohl in den Kreisen der Unternehmer wie auch der Arbeiterschaft eine verhältnismäßig große Freizügigkeit, Löhne zu fordern und zu gewähren, vorgeherrscht hat. Das Unternehmer-Einkommen und das Arbeiter-Einkommen sind ja auch die beweglichsten Einkommen; sie passen sich den ökonomischen und politischen Bedingungen in sehr reagibler Weise an. Man hatte allenthalben den Eindruck, daß sich die Unternehmer sagen: na, schön, wenn die Arbeiter hohe Löhne wünschen, dann wollen wir sie ihnen geben, denn die Gewerkschaften wissen sehr gut, daß diese höheren Löhne zwangsläufig höhere Preise nach sich ziehen. Wenn dem aber so ist, warum sollen wir uns dann so heftig wehren, warum sollen wir die politischen Reibungen auf uns nehmen? Ich habe schon seinerzeit immer wieder darauf hingewiesen, daß diese Rechnung falsch und eine solche Betrachtung volkswirtschaftlich unzulässig und höchst bedenklich ist. Wenn z. B. Lohnforderungen damit begründet wurden, daß man auf die Not der Allerärmsten hinwies und argumentierte, daß es in Deutschland soundsoviel Millionen Menschen gäbe, die nur über ein Einkommen von unter DM 100.— oder DM 200.— verfügen, dann haben ja gerade diese Lohnerhöhungen dazu beigetragen, die Not derjenigen Menschen (der Sozialrentner und Fürsorgeempfänger) zu vermehren, deren trauriges Los zu Lohnforderungen mißbraucht wurde; — diese Menschen sind immer tiefer in das Unheil verstrickt worden.

Es war wohl selbstverständlich, daß ein Ereignis wie Korea bei einem so inflationserfahrenen Volke, wie dem deutschen, besonders empfindliche Auswirkungen gezeigt hat, d. h. mit anderen Worten, daß, angefangen beim Unternehmer bis hin zum Verbraucher, alle etwas aus den Fugen geraten sind und die Contenance verloren haben. Die einen wollten Rohstoffe unter allen Umständen und um jeden

Preis kaufen, was in einem so rohstoffarmen Lande wie Deutschland voll verständlich ist. Auf der anderen Seite hatten wir mit einer Verbraucherschaft zu rechnen, die, durch tragische Erfahrungen gewitzigt, besorgt war, ob morgen wohl überhaupt noch eine Bedarfsdeckungsmöglichkeit gegeben ist, ob wir nicht wieder in ein System der Bewirtschaftung oder der Rationierung zurückfallen müßten, und ob vor allen Dingen die Freiheit des Verbrauchers aufrechterhalten bleiben könne. So war der deutsche Mensch, als Verbraucher gesehen, bereit, lieber heute schlechte Ware um teures Geld zu kaufen als morgen vielleicht überhaupt nichts mehr zu erhalten. Und das alles in einer Situation, die von der währungs- und devisenpolitischen Seite her außerordentlich beengt war. Wir verfügten im Rahmen der Europäischen Zahlungsunion zwar über eine Kreditlinie von 320 Millionen Dollar, aufgebaut auf einer 15prozentigen Quote des Außenhandelsvolumens von 1949. Dieser Betrag aber war für Deutschland im besonderen unzureichend, weil gerade seit 1948 ein sehr steiler Anstieg des deutschen Außenhandels einsetzte und jede in der Vergangenheit liegende Bezugsgröße unzureichend sein mußte.

Ich darf das an zwei Zahlen illustrieren: Als ich im Jahre 1948 mein Amt in der Bizone antrat, bewegte sich der durchschnittliche monatliche Export um rund 200 Millionen DMark und war zudem seinem Wesen nach vorzüglich Zwangsexport von Kohle, Holz und anderem mehr. Fertigwaren figurierten dabei nur als Schnörkel. Heute exportieren wir im Monatsdurchschnitt 1,4 Milliarden mit einer Spitze im Dezember 1951 von über 1,5 Milliarden DMark, wobei die deutsche Ausfuhr mit einem Fertigwarenanteil von über 75 % eine fast wieder friedenswirtschaftliche Struktur aufweist. Die Dinge waren seinerzeit deshalb so problematisch, weil wir schnell über die bedrohliche Entwicklung hinwegkommen mußten. Den vor mir immer wieder als Voraussetzung einer Lohnstabilität geforderten Preisstop habe ich abgelehnt, denn es war selbstverständlich, daß sich die höheren Rohstoffpreise und die teuren Nahrungsmittel auch im deutschen Markte auswirken mußten, mindestens gemäß dem Anteil der Rohstoffe am fertigen Produkt. Und es war wieder eine Illusion, wenn mir nach Korea gesagt wurde, daß z. B. die wollene Kleidung, die wir heute kaufen, doch schon lange vor Korea eingekauft worden ist und deshalb die eingetretenen Preissteigerungen unzulässig seien. Der äußere Schein mag solcher Klage wohl Berechtigung verleihen — wohin aber wäre denn unsere gewerbliche Wirtschaft gekommen, wenn sie nach Korea den großen Ausverkauf veranstaltet hätte und nicht mehr in der Lage gewesen wäre, ein gleiches Produktionsvolumen aufrechtzuerhalten, bzw. die gleiche Zahl von Menschen auch in Zukunft weiterbeschäftigen zu können. Praktisch hat man sich wohl in den meisten Ländern mit einem System von Mischpreisen

geholfen; immer aber bedingten die steigenden Rohstoffpreise sofort auch höhere Preise für Fertigprodukte. Jeder sagte sich mit Recht: Was kostet mich die Ware morgen, und tatsächlich kommt es ja auch, volkswirtschaftlich gesehen, darauf an, die Reproduktion sicherzustellen. Die Wahrung dieses Grundsatzes hatte vor allem auch eine sozial günstige Wirkung, denn wehe der Volkswirtschaft, die in ihren Tagespreisen die Rohstoffe jeweils zu dem vor Korea-Preis eingesetzt hätte. Das wäre allerdings typisch planwirtschaftlich - dirigistisch gedacht gewesen. Weil ich in Deutschland aber die Regeln ökonomischer Vernunft und des gesunden Menschenverstands achtete, darum lautete die Forderung: Jetzt Preisstop oder Abtreten! Nun, ich bin weder abgetreten, noch habe ich einen Preisstop verfügt.

Denn, was hätte denn das bedeutet? Daß meine sozialistischen Widersacher die Dinge auch unter parteipolitischem Aspekt gesehen haben, kann ich ihnen nicht verdenken. Schlimmer war schon, daß auch gute Freunde irre geworden sind und etwa sagten: «Mit Deiner Wirtschaftspolitik schwimmen uns die (politischen) Felle davon». Ich glaube dagegen, man mußte nur etwas Ruhe bewahren, und das hat sich dann auch ehrlich gelohnt. Ich frage also nochmals, wohin ein Preisstop geführt hätte? Er wäre ja doch nur dann sinnvoll gewesen, wenn ich die Preise künstlich und mit Polizeigewalt auf einem niedrigeren Niveau hätte binden wollen als die Preise naturnotwendig sein mußten, um den vollen Abtausch des Sozialprodukts zu bewerkstelligen. In der volkswirtschaftlichen Rechnung sehen die Dinge doch so aus, daß Volkseinkommen und damit auch jedes Individual-Einkommen nur in engstem und unlösbarem Zusammenhang mit der Güterproduktion, mit einer produktiven güterschaffenden Leistung entstehen kann und deshalb ist es auch gar nichts Wunderbares, daß sich Volkseinkommen und Sozialprodukt gegenseitig abtauschen und im Regelfalle Störungen der Ordnung nicht auftreten. Das ist auf der anderen Seite der große Irrtum der Planwirtschaftler und Dirigisten, die dem Wahn huldigen, daß dieses vermeintlich so geheimnisvolle Geschehen staatlich gelenkt werden müßte, um funktionieren zu können. Es ist aber ja gerade die Funktion des Marktes und des Preises, dafür zu sorgen, daß das Sozialprodukt als Mengen-Begriff über die Preisbildung in unmittelbare Beziehung zum Volkseinkommen als einer Wertgröße gebracht werden kann. Die Funktion des Preises ist also unabdingbar, und wer da glaubt, die Rechnung könne nicht aufgehen, weil vielleicht die Quantitäten im ganzen übereinstimmen, die Qualität der Nachfrage aber kaum mit der Qualität des Güterangebotes in Einklang zu bringen sein wird, begeht einen tragischen Denkfehler, wenn er dann dem Staat die Aufgabe stellt, durch Planung den Verbrauch von 48 Millionen Menschen festlegen zu lassen. So kommt die geistige Verirrung zustande, daß Büro-

kraten sich zusammensetzen und ausrechnen, wie der Konsum beschaffen sein muß, damit 48 Millionen Menschen glücklich werden. Das ist die Geburtsstunde des «Normalverbrauchers», wenn er auch nicht so angesprochen wird. Denn wie anders soll denn die Zusammensetzung des Sozialproduktes geplant werden als durch die Vorstellung, daß der Staatsbürger dies und jenes, aber nicht etwas anderes brauche. Und wenn durch diesen «Idealverbrauch», mit 48 Millionen multipliziert, die volkswirtschaftliche Planung zustande kommt und diese Leute dann gar noch glauben, sie hätten eine nützliche Arbeit vollbracht, dann sage ich ihnen, daß sie damit den größten Unsinn erdacht haben. Keine Planung kann den Markt ersetzen. Was hätte denn überhaupt der Unternehmer noch zu leisten, wenn es nicht seine Aufgabe wäre, durch Initiative, Tüchtigkeit und mit dem vollen Wagnis, das damit verbunden ist, den Wandlungen des Verbrauchs und der Stimmung des Verbrauchers nachzuspüren, um dann im Wettbewerb das Beste zu vollbringen und Gnade vor den Augen seiner Majestät des Kunden zu finden. Wenn diese Funktion des Unternehmers verloren geht, dann allerdings kann ich auch Staatsbeamte oder Funktionäre an seine Stelle setzen, denn rechnen können sie im Zweifelsfalle noch sehr viel besser.

Wer die freie Unternehmerwirtschaft will und wer in der unternehmerischen Funktion etwas Wertvolles erblickt, der kann, — nein, der muß deshalb auch die Marktwirtschaft mit allen ihren Risiken bejahen. Ich habe hinlänglich Gelegenheit gehabt, solche Gedanken der deutschen Unternehmerschaft vor Augen zu führen. Dazu ein Beispiel: Wir erinnern uns alle an die Zeichen der weltwirtschaftlichen Konjunktur nach Korea. Als ich im Februar 1951 die deutsche Unternehmerschaft zum ersten Male warnen zu müssen glaubte und in einer öffentlichen Rede sagte, daß nach meiner Überzeugung die Preise so wenig wie die Bäume in den Himmel wachsen werden, ja, im Gegenteil mir deutliche Zeichen dafür vorhanden zu sein scheinen, daß die demokratische Welt im Bewußtsein ihres natürlichen Reichtums, ihrer Stärke und ihrer potentiellen, industriellen Kraft allmählich zu einer ruhigeren Besinnung zurückfinde, — daß in einer freien Marktwirtschaft die Möglichkeiten der Produktionssteigerung und eines zusätzlichen Anbaues von Ernährungsgütern fast unerschöpflich sind und diese Hysterie vermutlich nicht mehr sehr lange andauern wird, da hat man diese Erklärung allenthalben als störend empfunden. Genau so aber ist es dann gekommen; ich habe den Zeitpunkt fast auf den Monat richtig prognostiziert. Was aber sagte man? Dieser Erhard hat uns durch seine Preisprognosen die ganze schöne Konjunktur vermasselt. Das war natürlich falsch, denn der deutsche Wirtschaftsminister kann wahrlich die Weltkonjunktur nicht beeinflussen. Ich habe die Dinge nur einigermaßen nüchtern be-

trachtet, wie ich denn überhaupt glaube, daß in der Wirtschaftspolitik Ruhe nicht nur Bürgerpflicht, sondern die beste Tugend ist, die man entfalten kann.

Später gingen dann die Dinge umgekehrt. Es kam im Januar 1951 die berühmte Flaute im industriellen Absatz und da vertrat ich den Standpunkt, daß die Wirtschaft logischerweise bereit sein muß, in der Preisstellung für Fertigprodukte ebenfalls der weltwirtschaftlichen Situation, d. h. der absinkenden Preistendenz auf dem Weltmarkt Rechnung zu tragen. Die gleichen Leute aber, die es im Herbst 1950 als selbstverständlich erachteten, daß bei steigenden Weltmarktpreisen Auswirkungen auf Fertigprodukte im heimischen Markt unvermeidlich sind, kamen nun zu mir und meinten, daß die mittlerweile gesunkenen Rohstoffpreise sich erst dann für den Konsumenten auswirken könnten, wenn die Ware aus neuen Rohstoffen alle Fertigungsstufen durchlaufen hätte. Das ist das Unbequeme an einer konsequenten Politik, daß sie nach beiden Seiten gilt! Der Unternehmer, der bereit ist, Gewinne zu machen, muß selbstverständlich auch den Mut haben, Verluste hinzunehmen; — dafür ist er Unternehmer. Da lasse ich auch nicht mit mir handeln, aber ich glaube, daß eine solche Auffassung zuletzt dem Interesse des Unternehmers dient. Wer in aufsteigender Konjunktur die Gunst der Entwicklung für sich beanspruchen will, der darf bei umgekehrten Vorzeichen der Entwicklung nicht staatliche Unterstützung verlangen. In der Zwischenzeit nun haben sich die Dinge wieder beruhigt. Das aber war eben gerade das Problem, die Geister wieder zu ruhiger Besonnenheit zurückzuführen. Das war das A und O meiner Überlegungen und der Erfolg wurde wohl dadurch erreicht, daß ich nach Korea sagte: Jetzt gibt es überhaupt nichts wichtigeres, als dafür zu sorgen, daß jede auftretende Nachfrage unter allen Umständen Befriedigung findet. Auf keinem Gebiet dürfte es zu einem Ausfall kommen, denn, wenn sich das ereignete, dann wäre die Lage kaum mehr zu meistern gewesen. Das aber hat nun wieder weittragende Konsequenz gehabt. Ich mußte bereit sein, die Rohstoffeinkäufe durchzuführen, nicht allein nach dem Maßstab unserer devisenwirtschaftlichen Möglichkeiten, sondern mehr fast nach dem Maßstab der politischen und sozialen Notwendigkeiten. Ich habe gehandelt wie ein Bankier, der einen Run auf seine Bank abwehren muß. Da gibt es eine goldene Regel, die da heißt, «Auszahlen, auszahlen bis zum letzten Pfennig!» Das ist das einzige, was helfen kann. Dieser Vergleich ist in einem sehr viel höheren Sinne richtig, als es zunächst erscheinen mag. Denn was bedeutet denn die in privater Hand verfügbare Kaufkraft anderes, als die Bestätigung — die Quittung dafür —, daß der Einkommensträger einen volkswirtschaftlich wertvollen Beitrag zum Sozialprodukt geleistet hat, und er füglich auch

einen güterwirtschaftlichen Anspruch geltend machen kann. Ich sage mir, daß wir ehrlich bleiben müssen, denn die Leute, die ehrlich in den Besitz von Kaufkraft gelangt sind, dürfen keinesfalls um den Lohn ihrer Arbeit geprellt werden. Die Schwierigkeit bestand nun darin, daß nicht nur das laufend gewonnene Einkommen zum Markte drängte, sondern zugleich ein Entsparungsprozeß Platz griff, und ich weiß nicht, wie viel Sparstrümpfe dazu noch entleert worden sind. Und alle diese massierte Nachfrage wurde mit einer Dringlichkeit geltend gemacht, von der man sich hier in der Schweiz wohl kaum eine Vorstellung machen kann.

IV.

Diese Entwicklung und der bewußte Wille, so zu operieren, haben uns im Rahmen der Europäischen Zahlungsunion in die bekannte Bedrängnis gebracht. Jene 320 Millionen Dollar, die uns als Kreditlinie zur Verfügung standen, waren schließlich voll ausgenutzt und wir mußten einen Zusatzkredit in Anspruch nehmen, der es uns ermöglicht hat, bis auf 480 Millionen Dollar zu ziehen. Wir haben dieses Limit bis zu 457 Millionen Dollar ausgenutzt. Das alles ereignete sich bis Mai vergangenen Jahres. Wir mußten schließlich auch gewisse Manipulationen auf der Einfuhrseite vornehmen. — Man weiß das in der Schweiz sehr gut — aber wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir diese Maßnahmen nicht als Grundlage einer Politik betrachten, sondern als einen Notstand, der uns aus dem System heraus aufgezwungen war. Jetzt erleben wir in gewissem Sinne die Wiederholung bei England und bei Frankreich. In Deutschland selbst hat sich die Lage sehr rasch entspannt. Wir konnten den Passivsaldo von 457 Millionen Dollar bis Ende des vergangenen Jahres, d. h. also in einem Zeitraum von sieben Monaten nicht nur völlig abtragen, sondern wir sind sogar in die Aktivität geraten, in eine Gläubigerposition, die unserer strukturellen wirtschaftlichen Situation zweifellos nicht im entferntesten gerecht wird. Aber auch das gehört zu den Mängeln dieses Systems. Die rasche Überwindung der Krise ist, wie ich gerne bekenne, zu einem Teil der Bereitschaft unserer europäischen Partner zu verdanken, ihrerseits Importe aus Deutschland nicht zu behindern, d. h. besser gesagt, gewisse Importbeschränkungen von deutscher Seite ohne Repressalien gegenüber der deutschen Ausfuhr hinzunehmen. Ich glaube aber, daß sich diese Politik vom internationalen Standpunkt aus gelohnt hat, denn durch diese Unterstützung konnten wir im Januar zu einer immerhin wieder 60-prozentigen Liberalisierung zurückkehren. Wir streben so schnell als möglich vorwärts, und ich wäre wahrhaft glücklich, wenn wir dazu kämen, nicht mehr in den alten Kategorien der Kontingente und Lizenzen weiter zu denken, sondern uns den einzig möglichen und ver-

nünftigen Ausweg zu erkämpfen, den Durchbruch zu einer freien Devisenwirtschaft.

Wir erleben es jetzt ja deutlich genug: Das Prinzip der Liberalisierung innerhalb der Europäischen Zahlungsunion läßt die beteiligten Länder immer wieder ins Gedränge geraten. Würden wir über freie Wechselkurse verfügen, dann würden sich die Spannungen nicht derart zusammenballen und auftürmen, daß eine Sonderregelung die andere ablösen muß. Die Entwicklung würde sich wesentlich organischer vollziehen. Das Prinzip der Freiheit zu konstituieren und gleichzeitig die naturnotwendigen Reaktionen durch einen staatlich fixierten, starren, um nicht zu sagen willkürlichen Wechselkurs unterbinden zu wollen, bedeutet einen Widerspruch in sich selbst. Sicher ist mit der Negation noch keine befriedigende Lösung gefunden. Die Konsequenz aber ist die, daß wir auch auf diesem Felde Mut aufbringen müssen, das Ziel zu erreichen, das uns heute verpflichtend vor Augen geführt wird. Wir wollen doch eine freie Welt schaffen, in der freie Menschen sich frei bewegen können.

Ob die Schaffung einer Internationalen Investmentbank eine voll befriedigende Lösung sein kann, sei hier nicht erörtert. Sie wird strukturelle Unterschiede überbrücken und insofern Ausgleiche schaffen, nicht aber das Walten freier Wechselkurse ersetzen können. Aber vielleicht müssen wir auch noch diese Etappe durchlaufen, ehe wir zum Ziele kommen. Die Reaktion ist immer die gleiche: Man stimmt grundsätzlich zu, aber man hält die Zeit noch nicht für gekommen. Die Zeit wird nie kommen, wenn wir sie nicht bestimmen und nützen. Andere wieder befürchten Zusammenbrüche der Volkswirtschaften. Das ist ganz bestimmt falsch, denn die Anpassungen werden sich über freie Wechselkurse viel reibungsloser vollziehen und dazu noch die Länder zu sinnvoller Wirtschaftspolitik zwingen. Als ich 1948 aus einer vollkommen erstarrten und funktionsunfähig gewordenen Zwangswirtschaft die totale staatliche Bewirtschaftung hinwegfegte, hat es in Deutschland nur ganz wenige gegeben, die diese Politik für richtig hielten. Sie glaubten auch, daß das zum Chaos und zu krassen sozialen Notständen führen müßte. In Wirklichkeit dauerte es nur ein halbes Jahr, um wieder zu einer vollkommenen Ordnung und zu einem funktionsfähigen Markt zu gelangen. Das gleiche würde sich wiederholen, wenn wir auch im zwischenstaatlichen Güteraustausch den Mut hätten, das Gestrüpp beiseite zu räumen. Wir könnten uns manche Sorge und manchen Ärger ersparen. Wenn ich z. B. an die letzten Handelsverträge und dabei auch an den mit der Schweiz abgeschlossenen denke und mich der Fragestellungen erinnere: «Können wir in dem oder jenem nachgeben», oder «die Schweiz will dies und das», so muß ich sagen, daß das im Grunde genommen unwürdig ist.

V.

Doch, fahren wir in der Betrachtung der deutschen Wirtschaftsentwicklung fort. Kaum hatte sich die Lage Mitte 1950 wieder stärker konsolidiert, traten auch schon neue Sorgen an uns heran. Die europäische Verteidigung warf ihre Schatten voraus. Dieses Thema war das Gespräch des Tages geworden. So ließen denn auch die Reaktionen nicht auf sich warten und Wünsche und Forderungen aller Art kamen auf uns zu. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, wie von Land zu Land, aber auch von Mensch zu Mensch gegensätzliche Auffassungen geäußert werden. Die einen sagen, wenn dem so ist, d. h. wenn im Zuge einer europäischen Verteidigung neue Opfer gefordert werden müssen, dann bleibt uns schließlich gar nichts anderes übrig, als im Sinne einer Austerity-Politik Entbehrungen und neue Opfer auf uns zu nehmen und uns entsprechend einzurichten. Diese Reaktion ist m. E. ebenso falsch wie gefährlich. Wir müssen gerade den umgekehrten Weg gehen.

Ich habe mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln diese Politik in Deutschland bekämpft, weil ich überzeugt bin, daß nur der Weg in die Expansion eine Lösung des Problems mit sich bringen kann. Niemand wird es mir beibringen können, daß eine zusätzliche Leistung nur durch zusätzliche Opfer und Verzichte getragen oder erfüllt werden kann. Das ist eine Politik, die ich für Deutschland mit aller Entschiedenheit ablehne, denn wir haben es ja deutlich genug demonstriert, daß es auch einen anderen Weg gibt, einen Weg, der uns sehr viel näher liegt. Wir wollen durch zusätzliche Leistung das auf die Beine stellen, was zusätzlich verlangt und als notwendig erachtet wird. Vom fiskalischen Standpunkt aus gesehen ist es natürlich richtig, daß ein Verteidigungsbeitrag von x Milliarden den Finanzminister zur Aufbringung dieser Mittel zwingt. Die Bundesregierung ist fest entschlossen, den Staatshaushalt unter allen Umständen ausgeglichen zu halten. Das deutsche Volk hat die Tragik einer Inflation zu bewußt erlebt, als daß jemand bereit sein könnte, vom geraden Wege abzuweichen und einer so gefährlichen Entwicklung Raum zu geben. Aber ich betrachte die Dinge vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus und komme damit zu einer realistischen Wertung. Jede Volkswirtschaft hat verschiedene Zwecke zu erfüllen: einmal die Lebensmöglichkeiten des Volkes zu sichern, d. h. Güter für den Verbrauch zu bereiten, um so die Bedarfsdeckung in freier Konsumwahl sicherzustellen. Zum anderen hat die gleiche Volkswirtschaft die Pflicht und die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß der Produktionsapparat in Ordnung gehalten werden kann, ja, daß er entsprechend der Entwicklung der Volkswirtschaft eine entsprechende Anreicherung und Ausweitung erfährt. Auch das erfordert

die Bereitstellung ökonomischer Mittel. Und jetzt kommt eine dritte Aufgabe dazu, die dahin lautet, Teile der gesellschafts-wirtschaftlichen Arbeit, Teile unserer industriellen Kapazität und potentiellen wirtschaftlichen Kraft eben nicht nur dem Verbrauch und der Erhaltung bzw. Ausweitung des Produktionsapparates, sondern in einer dritten Zwecksetzung — der wirtschaftlichen Verteidigung — zuzuwenden.

Die Frage scheint mir nur zu berechtigt, ob das Ziel der materiellen Verteidigungssicherung durch eine Verkürzung des Konsums, durch einen Verzicht auf Investitionen oder durch die höchste Anstrengung, die aus der Volkswirtschaft herauszuholen ist, erreicht werden soll. Diesen letzteren Standpunkt vertrete ich; ich habe ihn mit aller Entschiedenheit auch in Paris vorgetragen. Es gibt meiner Ansicht nach keine würdigere Haltung als die, zu den höchsten Anstrengungen bereit zu sein, um das zu schützen, was uns das Leben bedeutet, nämlich die Freiheit! Wir stehen vorbehaltlos zu der Idee der europäischen Verteidigungsgemeinschaft, deren Aufgabe, ja, mehr noch deren Pflicht es ist, die Kraft zu entfalten, die uns ein freies Leben sichert. Und gerade wir, die wir unmittelbar an der Nahtstelle zum Bolschewismus leben, von wo aus das kollektivistische Gift täglich hereinträufelt und die ständige Gefahr der Unterhöhlung und Unterminierung gegeben ist, — wir müssen uns in starker Haltung die geistige und seelische Widerstandskraft bewahren. Wir müssen die Unterschiede in bezug auf die menschliche Freiheit und die materielle Lebensführung hüben und drüben für jeden einzelnen so über alle Maßen deutlich werden lassen, daß er immun und gefeit ist gegen alle Gefahren, die uns bedrohen wollen. Das ist, so glaube ich, eine Leistung, mit der wir, historisch gesehen, vieles wieder versöhnen können. Daß Deutschland auf diesem gefährlichen Vorposten diese starke Kraft entfaltet und damit einen Schutzwall vor Europa gelegt hat, kann von allen freien Völkern dieses Kontinents nicht übersehen werden.

Darüber hinaus aber sind wir bereit, so sehr und so vorbehaltlos wie jedes andere europäische Land, auch noch weitere materielle Opfer zu bringen. Aber wir wollen nicht in soziale Not zurückfallen, die den Wiederaufbau gefährden müßte; wir wollen die Opfer nicht bringen durch Verzichte und Einschränkungen, sondern dadurch, daß wir uns noch einmal auf unsere Kraft besinnen und die volle deutsche Leistungskraft zu mobilisieren zu suchen. Das ist das Rezept, das ich als das für die deutsche Wirtschaft gemäße erachte. Und hier muß ich sagen, ich bin glücklich, mich dabei auf ein Volk — Arbeiter und Unternehmer — stützen zu können, das im letzten Grunde in dieser Beziehung gewiß einer Meinung mit mir ist.

Das ist nach meiner Überzeugung die Politik, die uns allen den

größten Schutz verleiht. Wenn wir den Weg rückwärts gehen, wenn wir zur Resignation bereit sind, dann sind wir auch schon verloren. Denn aller Fortschritt, den wir in Deutschland erzielen konnten, darf uns nicht vergessen lassen, daß die Not allenthalben noch sehr groß ist, daß das Problem einer organischen Eingliederung von 9½ Millionen Flüchtlingen noch immer auf uns lastet und die Aufwendungen für den Wohnungsbau und andere lebenswichtige Investitionen nicht vernachlässigt werden dürfen. Es gilt nun, in der Zusammenfügung der Aufgaben und in der richtigen Gewichtung der einzelnen Sektoren ein Maximum an Leistung zu erzielen, das uns die ökonomischen, sozialen und politischen Probleme gleichzeitig lösen hilft.

VI.

Ich glaube an das Werden eines besseren und freieren Europas. Die seither eingeleiteten Schritte brachten, wie wir anerkennen wollen, in den letzten Jahren sichtbare Fortschritte. Ob man nun den Marshallplan nimmt mit der Zielsetzung, die europäischen Volkswirtschaften zusammenzuführen und zu stärken, ob man an die Europäische Zahlungsunion denkt, die bei aller Unvollkommenheit doch eine Förderung des multilateralen Verkehrs bedeutete, ob wir uns über Fragen einer Internationalen Investmentbank oder der Schuldenregelung als Voraussetzungen eines wieder funktionsfähigen internationalen Kredits unterhalten, — wir spüren doch immer etwas von dem Drängen und dem Willen nach fruchtbaren Lösungen. Es sind im GATT-Abkommen (General Agreement on Tariff and Trade), weniger allerdings in der Zollkonferenz von Torquay, Prinzipien gesetzt worden, die auch von dieser Seite aus den Außenhandel von zu starren und zu starken Bindungen befreien sollen. Ich habe es im GATT-Abkommen sehr begrüßt, daß eine periodische Senkung der zu vereinbarenden Zölle vorgesehen war, um schrittweise zu dem größeren und gemeinsamen Markt zu kommen. Aber ich sagte scherzweise: Über der Zollkonferenz in Torquay hat offenbar gestanden «Protektionisten aller Länder vereinigt euch!» Ich bin über die Ergebnisse dieser Konferenz enttäuscht, aber sie kann doch auch wieder ein Anfang sein, wenn alle beteiligten Länder nur bereit sind, die überhöhten Zollmauern mählich, aber sicher niederzureißen. Es hat in den letzten Jahren bestimmt nicht an kategorischen Imperativen, Empfehlungen und sittlichen Appellen gefehlt, den nationalen Protektionismus und Egoismus zu überwinden. Aber wie das immer ist bei kategorischen Imperativen — sie sind so schön zu verkünden und es ist so bequem, ihnen auszuweichen.

Schließlich kam der Schumanplan. Ich weiß, daß man manches Kritische über ihn sagen kann. Ich hatte in Zürich schon privat ein

derartiges Gespräch geführt und trotzdem stehe ich positiv zu dieser Konzeption. Ich habe den Plan mit allen Mitteln verteidigt und mit durchsetzen helfen, und zwar aus folgender Überlegung heraus: Ich spüre es immer deutlicher, daß es eben nicht mehr genügt, immer nur von Europa zu sprechen und dazu immer neue Institutionen zu schaffen. Es ist demgegenüber wahrscheinlich notwendig und vielleicht auch praktisch, wenn wir Beispiele bzw. Modelle setzen und einmal ganz bescheiden in einem konkreten Fall von unten anfangen — d. h. hier an Kohle, Eisen und Stahl demonstrieren, daß nicht große Reden Europa erstehen lassen, sondern daß man vor allem bereit sein muß, mit der praktischen Arbeit zu beginnen. Der Schumanplan trägt allerdings, wenn sie so wollen, zwei Züge: Einer verkörpert das Prinzip eines überstaatlichen oder supranationalen Dirigismus im Machtbereich der hohen Behörde; — wir finden in ihm aber gleichzeitig auch das andere Prinzip, die Voranstellung eines freien Wettbewerbs in dem gemeinsamen Markt. Je nachdem, welcher Geist durchschlägt und sich in der praktischen Handhabung durchsetzt, wird man den Schumanplan positiv oder negativ bewerten müssen. Auch hierin wird es, wie immer bei menschlichen Einrichtungen, auf die Menschen ankommen, die das Instrument zu verwalten haben. Wir in Deutschland werden gewiß bestrebt sein, in die Schumanplan-Organisation Leute zu entsenden, die das Gewicht auf den Geist der Freiheit — den gemeinsamen Markt — legen und die dem Wettbewerb mehr vertrauen als dem Plan. Wer die Intution der hohen Behörde ablehnt, sollte doch immerhin nicht vergessen, daß auch im nationalen Bereich Kohle und Eisen in den letzten 30 bis 50 Jahren nicht mehr den Gesetzen des freien Wettbewerbs unterlagen. Wir hatten das Kohlensyndikat, und ich glaube, auch in der Eisen- und Stahlindustrie war der Konkurrenzkampf nicht so heftig, daß sich die Leute gegenseitig übermäßig weh getan haben.

Insofern erleben wir im schlimmsten Falle gar nichts Neues; wir hätten ein gleiches Prinzip nur auf die supranationale Ebene verlagert. Der Schumanplan kann sich aber sehr wohl positiv auswirken, wenn der eigentliche Grundgedanke, die Setzung der Freiheit nämlich, in Form des Leistungswettbewerbs über die nationalen Grenzen hinaus durchschlägt. Darauf kommt alles an. Niemand kann hier eine Prognose wagen — wir können nur hoffen, daß der gesunde Gedanke obsiegt, und wir müssen alles tun, um in der Zurverfügungstellung der geeigneten Menschen die notwendigen Sicherungen zu schaffen.

Ich möchte das Problem der Freiheit in der Wirtschaft nicht noch mehr vertiefen. Man kennt ja auch meine Einstellung z. B. zum Problem der Kartelle. Wenn nicht, darf ich mich vorstellen als ein

nicht eben ausgesprochener Freund solcher Einrichtungen — um nicht zu brutal das Gegenteil zu sagen. Als Verteidiger der Marktwirtschaft und der freien Unternehmungswirtschaft bin ich der Auffassung, daß dieses Prinzip der Freiheit mit dem Prinzip des Leistungswettbewerbs steht und fällt. Ich kann nicht aus innerer Überzeugung das Problem der staatlichen Preisbindung verwerfen und gleichzeitig privatwirtschaftlichen Institutionen wie den Kartellen das Recht einräumen, derartige Manipulationen in eigener Regie durchzuführen. Das paßt nicht zusammen, das paßt nicht in die Landschaft! Aber ich gebe zu, das Kartellproblem stellt sich für Deutschland vielleicht etwas anders dar als für die Schweiz. Im kleineren Raum sind die Dinge sehr viel anschaulicher und in höherem Maße der öffentlichen demokratischen Kontrolle unterworfen. Ich muß aber gleichwohl bekennen, daß ich in Kartellen nichts Positives, sondern nur etwas Negatives zu erblicken vermag. Ich habe es in den letzten drei Jahren immer wieder erlebt, daß Leute zu mir gekommen sind — ein Industriezweig nach dem anderen — und sagten: wenn wir jetzt nicht die Möglichkeit erhalten, Preisvereinbarungen zu treffen, dann brechen wir zusammen. Ich habe diese Möglichkeiten nicht eröffnet, aber ich warte noch immer auf die Zusammenbrüche!

Es ist überhaupt so: Um meinen Schreibtisch katastropht es vom Morgen bis zum Abend — und ich warte noch immer auf die Katastrophe! Scherzweise möchte ich sagen, daß sich die deutsche Wirtschaft in den letzten 3½ Jahren von Krise zu Krise ganz gut fortentwickelt hat. Das ist nun einmal so: Unsere Zeit ist so schnelllebig geworden, daß wir kaum mehr die innere Geduld finden, sich ein Ereignis organisch vollenden zu lassen. Kaum bedrückt uns eine Sorge, dann sind auch schon alle geneigt, besondere staatliche Maßnahmen zu fordern. Ich dagegen bin der Auffassung, daß es in einer wirklich frei spielenden funktionsfähigen Marktwirtschaft nicht bei jeder vorkommenden Gelegenheit sofort staatlicher Eingriffe bedarf. Ich bin in der geradezu komischen Situation, daß ich mich als Wirtschaftsminister dagegen wehren muß, dirigistisch einzugreifen, wenn selbst die meisten Leute in der Wirtschaft solche Maßnahmen verlangen, und ich meine vornehmste Aufgabe darin erblicke, den Ast abzusägen, auf dem ich sitze! Das ist beileibe kein Scherz. Ich sprach von Europa und erwähnte die Mittel und Einrichtungen, die alle nur in diesem Zeichen zu verstehen sind. Es geht wirklich um ein ernstes Thema. Meiner Meinung nach ist es allerdings weniger wichtig, zu diesem Behufe immer neue Institutionen aufzubauen als dafür zu sorgen, daß im europäischen Raum die Funktionen richtig spielen können. Das ist der charakteristische Unterschied, der ins Weltanschauliche hineinreicht, daß die Einen die Lösung immer in der Einrichtung suchen — in der Form —, während die Anderen Eu-

ropa als eine höhere Funktion verstanden wissen wollen. Ich glaube, das war kein schlechtes Europa, in dem man sich mit dem Hundertmark- oder Hundertfrankenschein ohne Paß über die Grenzen frei bewegen konnte und die Kaufleute von Land zu Land Handel trieben, ohne danach zu fragen, ob es dem Staat paßt oder nicht. Autarkie war unbekannt und Protektionismus mindestens verpönt. Soweit die legitimen Mittel der Zollpolitik — die in der Zwischenzeit ebenfalls mißbraucht wurden — strukturelle Verschiedenheiten ausgleichen sollten, soweit also z. B. die Situation im Hinblick auf die Gunst oder Ungunst klimatischer Verhältnisse korrigiert werden sollte, sind Einwände gegen das Verfahren kaum zu erheben. Die Behinderungen haben aber allmählich Formen angenommen, die nicht mehr erträglich sind. Das Ringen um Europa vollzieht sich zwischen den Volkswirtschaften, die in einer politischen Bindung an die sozialistische Ideologie dirigistisch-planwirtschaftlich eingestellt sind (wie etwa Labour oder auch die deutsche Sozialdemokratie), und jenen anderen freiheitlichen Ländern, die das Heil darin erblicken, daß sich die Menschen auch über nationale Grenzen hinweg frei bewegen können. Ich möchte es aussprechen, daß ich nur mit Schaudern an ein Europa denken könnte, wenn ich es mir als einen zentralistischen Überstaat vorstellen müßte. Diesen Weg kann man in Europa nach meiner festen Überzeugung nicht gehen, ohne nicht zugleich das Wertvollste zu vernichten, das in Europa zwischen den einzelnen Ländern und Völkern schwingt.

Ich erachte den Aufbau der Schweiz als ein wunderbares Beispiel dafür, wie ein künftiges glückliches Europa strukturiert sein müßte. Ich glaube, es wäre unmöglich und dazu tragisch, alles das, was das Eigenleben der Völker bedeutet, was da an geschichtlicher, traditioneller und kultureller Bindung mitspielt, was an landsmannschaftlicher Eigenart sich entfalten und bewahren will, in einem zentralistischen Überstaat niederwalzen zu wollen. Das wäre ein Verbrechen an den europäischen Völkern. Diese Konstruktion ist meiner Ansicht nach aber auch gar nicht notwendig. Ich jedenfalls kann mir nur mit Grauen vorstellen, was ein solcher zentralistischer Überstaat an echten Werten alles vernichten würde, wenn er aus dem System heraus über nationale Eigenarten und geographische Notwendigkeiten hinweg mit brutaler Hand dirigierend eingreifen wollte oder müßte. Wir würden Marionetten werden gegenüber Mächten, von denen wir nichts wissen. Wer soll denn überhaupt dieser Überstaat sein, wer soll in ihm verkörpert werden? Soll da etwa ein Gremium in paritätischer Zusammensetzung über unser Schicksal entscheiden, oder was anderes ist vorstellbar? Nein, Europa kann nur gebaut werden, indem wir zwischen den einzelnen Ländern und Nationen die Schranken niederzureißen bereit sind. Die Voraussetzung und zugleich die

Krönung einer solchen Politik ist die Beseitigung der Devisenzwangswirtschaft. Derjenige, der die Devisenzwangswirtschaft überwindet, hat mehr für Europa getan als alle Gremien, Institutionen, Parlamente und Regierungen zusammengenommen.

Es ist wichtig, daß wir in dieser Frage einer Meinung sind. Wir müssen die Gefahr erkennen. Wir müssen uns die planwirtschaftlich dirigierten Länder einmal ansehen, deren Existenz immer darauf beruht, sich im nationalen Raum so weit als möglich abzuschirmen. Die Experimente, die sie sich gegen alle ökonomische Vernunft leisten, lassen sich eben nur in der Isolierung durchführen. Freiheit bedeutet für sie Untergang. Es liegt mir ferne, an einzelnen nationalen Volkswirtschaften oder gar an Staaten Kritik zu üben, aber wir erleben es doch täglich und wir wissen doch, wohin es führt, wenn der Wettbewerb künstlich ausgeschaltet wird. Ich bin zwar noch nicht sicher, welches die endliche Lösung sein wird, — ich weiß nicht, wer sie finden wird, — ich weiß nur, daß alle Stärke und die höchste Anstrengung dazu gehören, die Freiheit zu verteidigen. Wir wollen Europa, aber wir wollen ein föderativ-strukturiertes Europa, in dem jeder einzelne Mensch über die Grenzen seines Landes hinaus und trotzdem in engster Verbundenheit mit seinem Volk zu höchster Freiheit, höchster Kraftentfaltung und höchster Würde seiner Persönlichkeit gelangen kann. Wenn wir uns darin einig sind, wird es mir, wie in der Vergangenheit schon immer, eine aufrichtige Freude sein, mit der Schweiz zusammenzuarbeiten. Diese Haltung und Überzeugung mag uns noch enger zusammenschweißen. Wir wissen, worum es geht! Wir verteidigen die Freiheit der Welt, wir verteidigen aber vor allen Dingen uns selbst!